



Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-
Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 2,— Mark. — Anzeigen: die dreigespaltene Petitzeile 1,25 Mark, Godes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postankalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Für die Woche vom 25. April bis 1. Mai
ist die Beitragsmarke in das mit 18 bezeich-
nete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Mitteilungen des Verbandsvorstandes.

Die Zahlstelle Berlin hat den Ortsbeitrag um das Doppelte des bisherigen Ortszuschlages erhöht.
Die Zahlstelle Kempten beschloß die Erhöhung des Lokalbeitrages von 10 Pf. auf 20 Pf.

Die Zahlstelle Meißen i. Sa. hat den Lokalzuschlag von der 15. Beitragswoche ab von 10 Pf. auf 20 Pf. erhöht.

Der Verbandsvorstand gibt hierzu seine Genehmigung.

Der Verbandsvorstand.

J. A.: E. Bucher, 1. Vorsitzender.

Verschiedene Meinungen.

Mit der vorliegenden Nummer der „Solidarität“ erhalten einige Mitglieder das Wort, die da glauben, ihren Kolleginnen und Kollegen etwas sagen zu können. Mancher Einseher erwidert auf bereits erschienene Aufsätze, ein anderer wieder ist scharfe Kritik an den Maßnahmen der Verbandsleitung, den Arbeiten der Funktionäre und tut das je nach Anlage und Befähigung in sachlicher oder grober Manier, mancher macht neue Vorschläge, äußert Wünsche, jeder aber glaubt fest daran, mit seiner Meinungsäußerung dem allgemeinen Ganzen zu dienen. Weil er das glaubt, will er unbedingt gehört werden. Er kann nicht begreifen — manchmal will er auch nicht —, daß seine Ansicht oder Anregung nicht so wertvoll ist, von allen vernommen zu werden, und er bestreift sich daher bei seinen Einblendungen größtmöglicher Ausführlichkeit. Nun kann man bekanntlich lang und breit über einen Gegenstand reden, ohne den Zuhörern etwas zu sagen. Das Kunststück bringt man natürlich ebenfalls mit wenigen Worten fertig, fordert dann aber nicht so viel Geduld von seinen Hörern und läßt Sangesweise nicht aufkommen. Daher ist es immer besser, man macht wenig Worte, die wirklich gehört werden. Oft sind fleißige Redner oder Schreiber diesem guten Rat schwer zugänglich. Da ist einer, der sich fest vorgenommen hat, eine lange Rede zu halten. Er führt seinen Vortrag aus, selbst wenn zehn andere vor ihm schon dasselbe gesagt haben und kein Mensch mehr nach ihm hinhört.

Fleißige Schreiber können ebenso unangenehm wirken, sie brauchen es natürlich nicht. Nur kommen Zeile, die gelesen sein wollen, weniger oft zum Wort, jedenfalls selten in der gewünschten Ausführlichkeit. Diesmal soll es anders sein. Einblendungen, die schon einige Zeit lagern, werden hier breit und lang ausgestellt und sollen ihre Wirkung tun. Der beliebte und stets wiederkehrende Vorwurf, daß Mitglieder mit einer der Verbandsleitung unangenehmen Meinung totgeschwiegen werden, ist selbstverständlich nicht Grund zur Ver-

öffentlichung. Es ist nämlich sonderbar, daß bisher nur „angenehme“ Zuschriften abgelehnt und zurückgestellt worden sind und kritische Auslassungen überhaupt nicht vorlagen. Der Kollege Vorlop weiß das anders und besser und schimpft led und fröhlich auf die Parteilichkeit der Redaktion. Auch dazu glaubt er ein gutes Recht zu haben und nimmt sicher an, wenn seine Vorwürfe gedruckt in der Zeitung stehen, dann glaubt sie ihm jemand.

Mit dem Inhalt seines Artikels sich länger beschäftigen, hieße seine Wirkung abschwächen. Das wäre wahrhaftig schade. So schlecht und einseitig hat noch selten jemand gelogen. Was er da über die ungeschickten und unfähigen Gauleiter bei den Reichstagsverhandlungen zusammenreimt, zeigt erschreckend deutlich, auf welcher geistigen Höhe die Aussprache jener Leipziger Zusammenkunft der Oppositionellen gestanden haben muß, die nach seiner Ansicht die „richtige Stelle“ zur Behandlung der Verbandsangelegenheiten war. Sollte kopfschüttelnd mancher Leser verwundert fragen, warum des Kollegen Vorlop schönes Eingeladent durchaus die Spalten der „Solidarität“ zieren muß, so sei ihm erwidert, daß diesmal die Redaktion wirklich parteilich die Ansicht des Verbandsvorstandes und seiner Getreuen vertreten und die brillante Wirkung des Geschreibels nicht missen wollte.

Kollege Herbst bringt einen Beitrag zur Neutralität der Gewerkschaften und behauptet, daß anlässlich der letzten gegenrevolutionären Vorkänge die politische Neutralität vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund aufgegeben worden sei. Das stimmt insofern nicht, da die freien Gewerkschaften politisch nie neutral waren oder sein können. Die Gewerkschaftsmittelglieder werden in den Arbeiterparteien. h. h. in den sozialdemokratischen, immer ihre politische Vertretung sehen und finden. Nur durch die Spaltung in der Sozialdemokratie wurde der letzte Gewerkschaftskongress gesungen, die parteipolitische Neutralität zu erklären, wollte er nicht den Streit der Parteien auf die einheitlichen und abschließenden Gewerkschaftsverhältnisse übertragen. Da eine ebenso geschlossene politische Vertretung der Arbeiter bei dem Kapb-Rutsch fehlte und nicht zu erreichen war, mußte der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund die politischen Forderungen der Arbeiter aufnehmen und durchzuführen. Aber die Hauptaufgabe der Gewerkschaften wird stets die Vertretung der beruflichen Interessen ihrer Mitglieder sein, und mit dem Vorhinein des Kollegen Herbst, politische Vorkänge in den Versammlungen zu halten, wären die Arbeiter sofort in verschiedenen Richtungen gespalten, von denen jede für ihre Partei werben und sprechen würde. Der Kollege weist mit Recht auf die jammervollen wirtschaftlichen Zustände hin, unter denen die Arbeiter am meisten zu leiden haben, weil es ihnen nicht möglich ist, ihre Löhne in ein richtiges Verhältnis zu den rasch steigenden Preisen für Lebensmittel und Wohnkosten zu bringen und kritisiert mit Unrecht dann die auf diesem Gebiete ständige Tätigkeit der Arbeiterorganisationen, die das Mentionsmäßige leisten, um den Forderungen ihrer Mitglieder gerecht zu werden.

Daß uns endgültig nur die sozialistische Wirtschaft von diesen Zuständen befreien kann, ist selbstverständlich und wissen wir alle. In dem Streben zu diesem Ziel liegt das Gemeinwohl, das die sozialistischen Arbeiter aller politischen Richtungen verbindet. Wer aber kann sagen — Kollege Herbst bleibt auch die Antwort schuldig —, wie es in den Gewerkschaften besser und am besten gemacht werden kann, um den Weg bis dahin abzukürzen. Zu gefährlichen Experimenten haben wir jetzt keine Zeit, und daß die veränderte politische Situation nach dem Kriege und nach der Revolution von den Gewerkschaften andere Methoden erfordert, bestreiten nicht nur deutsche Gewerkschafter. Sehr zutreffend schildert „The Demokrat“ in dem Thema „Gewerkschaften und neue Mitglieder“ die Zustände in den Gewerkschaften:

„Weber in Europa noch in Amerika hat sich seit dem Kriege etwas ereignet, was die Gewerkschafter berechtigen würde, irgendwie von der Handlungsweise abzuweichen, die sich früher als so erfolgreich erwiesen hat. Wenn bis dahin, die jetzt unter leichteren und ungefährlicheren Bedingungen Mitglieder geworden sind, sich nicht dazu verstehen, zu erkennen, daß ihr Wohl davon abhängt, daß sie die Erfahrungen beherzigen, die organisierte Arbeiter schon haben durchmachen müssen, so können sie die Organisationen, von denen sie Mitglieder sind, in gefährliche oder unglückselige Unternehmungen stürzen.“

Zur Erhebung des Ortsbeitrages nimmt Kollege Krummrei Stellung, der die Pöbelhaftigkeit erhöhter Beiträge im Gegensatz zu Vorlop wohl anerkennt, aber ihre Einführung auf anderem Wege gewünscht hätte. Leider standen dem Verbandsvorstand diese Wege eben nicht zur Verfügung. Gewiß muß hier Abhilfe geschaffen werden. Die Vorschläge von Kr. sind vom Verbandsvorstand selbst gemacht worden. Wo ist denn aber die Demokratie verletzt worden, wenn die Leitung von einem statutarischen Recht Gebrauch macht? Das gute Recht der Kritik soll nicht befristet werden, es wäre aber gut, wenn alle Unzufriedenen, die mit den Maßnahmen der Funktionäre und des Vorstandes nie einverstanden sein können, auch unabhängig und ehrliche Motive bei dem Ganzen voranzusetzen und sich außerdem genau das Statut anschauen.

Ueber den Abschluß der Berliner Zahlstelle im Steindruckgewerbe und die dort gezahlten Löhne äußert sich Anselm Friedrich, die ihre Vermutungen gegen die Ortsorganisation erneuert und aufrecht hält. Auch diesen Streit wird endlich nur der Verbandsrat schlichten können, von dem so viele Vieles erhoffen und sich fest vorgenommen haben, dort das bekannte erste Wort zu reden. Andere Einblendungen, die dasselbe Thema behandeln, sind in den Redaktionsbüchern anwesend. Nur dem Kollegen Maier mußte der Vollständigkeit wegen das Wort aneben werden, und damit ist die erste Serie der wöchentlichen Artikel geschlossen, die hoffentlich so bald keine Wiederholung in dieser Ausführlichkeit erfährt.

Zerförungsarbeit.

In Nr. 13 der „Solidarität“ wird aus München von einer Konferenz am 22. und 23. Februar in Leipzig berichtet. In diesem Aufsatz wird von Organisationszerpflüchterung und Maulwurfsarbeit gesprochen, ohne auf die tieferen Gründe dieser Konferenz einzugehen. Der Zentralvorstand in der Hauptsache und die Gauleiter im Besonderen hätten die größte Ursache, der Mitgliedschaft Aufschluß über ihre Tätigkeit während der Tarifverhandlungen in der breiten Öffentlichkeit zu geben. Aber wohlweislich muß diese Aufklärung unterbleiben, denn sonst würden unsere Verbandsmitglieder große Augen machen.

Vielleicht erklärte man hier und da schon, daß diese Konferenz mit russischem Gelde bezahlt worden ist. Darüber dürfen sich aber die Herren Bürokraten beruhigen, denn die Kosten haben dieselben Mitglieder getragen, denen man vor solchen Konferenzen gruselig machen möchte.

Nun noch einige Worte zu dem famosen Reichstarif. Ich will nur darauf hinweisen, wie stark und geschwollen die Herren Gauleiter zu den Verhandlungen erschienen sind. Wie selbstbewußt sie sich in die Brust warfen, daß die Hilfsarbeiterschaft nur einem Tarif zustimmen würde, der den augenblicklichen Verhältnissen entspräche. Aber schon beim Vergleich der Unterlagen stellte es sich heraus, daß die Unternehmer ein viel genaueres Material besaßen als unsere Herren Gauleiter und Unterhändler, trotzdem diese über ihre eigenen Produkte in Punkt Lohn ein ziemlich einwandfreies Material hätten mitbringen müssen. Nach außen und besonders in der „Solidarität“ hatte man immer mit Löhnen geprahlt, die von der realen Wirklichkeit ziemlich fern abwichen. So holtet sich die Herren Unterhändler die erste moralische Ohrfeige und waren in ihre Siegeszuversicht schon ein bedeutendes Stück zurückgeschlagen. Sehen wir uns nur noch die anderen Zugeständnisse an, die den Prinzipalen gemacht worden sind, als ein Jahr Berufszugehörigkeit, trotzdem bisher von Seiten derselben Prinzipale bei jeder Lohnforderung erklärt wurde, unser Personal richten wir in 14 Tagen ein. Wenn auf der anderen Seite noch in Betracht gezogen werden muß, daß dieser Reichstarif, den ja die Unterhändler um jeden Preis zustande bringen wollten, von Seiten der Unternehmer zu Fall gebracht wurde, so können sich die gesamten Mitglieder ungefähr ein Bild davon machen, was für eine unruhliche Rolle die Unterhändler der Hilfsarbeiterschaft gespielt haben. Und wie wenig Rückgrat sie besessen haben, die Verhandlungen abzubrechen, nachdem schon vor Weihnachten bei jedem denkenden Menschen feststehen mußte, daß die Unternehmer die Hilfsarbeiterschaft nur an der Nase herumführten. Wenn diese Sachen endlich einmal an der richtigen Stelle erörtert werden, so wird dies von Herrn Schmid-München mit Verfürung der Organisation bezeichnet. Der große Beifall würde ganz anders ausgefallen sein, wenn die Münchener Kollegen die volle Wahrheit erhalten hätten. Aber darüber wird wohl auf dem Verbandstag noch ein ganz ernstes Wörtchen zu reden sein.

Wie unsere Zentrale in Berlin die Mitglieder im Reiche und die einzelnen Zahlstellen behandelt, sehen wir wieder in den Mitteilungen der Nr. 13. Ohne erst die Zahlstellen vorher durch Zirkular in Kenntnis zu setzen oder auch nur eine Anfrage an die Vorstandsmitglieder zu richten, wird einfach ein Extrabeitrag von wöchentlich 1 Mt. verlangt.

Das scheint die von denselben Herren immer so laut in die Welt geschrieene Demokratie zu sein. Einfach über die Köpfe von 45 000 Mitgliedern so etwas zu diktieren. Die Heuchelei treibt man aber doch auf die Spitze, indem erklärt wird, daß diese unerschämte Erhöhung zur Herstellung der Zeitung und Erhöhung der Streikunterstützung gebraucht wird. Unsere Zeitung, die ja nur dazu da ist, um den Meinungen derer um den Verbandsvorstand und seiner Getreuen Ausdruck zu geben, die aber jedem, der einmal einer anderen Meinung ist, nicht zur Verfügung steht, dazu sollen wir ausgerechnet noch mehr bezahlen. Dann die Streikunterstützung. Einfach großartig. Da werden sich die Leipziger Mitglieder wieder einmal von Herzen freuen, nachdem eben durch einen Machtpruch des Gauleiters den Hilfsarbeitern die Streikunterstützung entzogen worden wäre, wenn sie nicht sofort wieder die Arbeit aufgenommen hätten. Und dabei ist heute nach drei Wochen noch nicht eine einzige Forderung über Lohnregulierung bewilligt, geschweige denn in Verhandlungen eingetreten worden. Wir bitten also unsere Kollegen im Reiche, die Augen aufzumachen, und alle Maßnahmen der Zentrale wie der Gauleiter recht genau zu betrachten.

Erwin Vorlop, Leipzig.

Zur Frage des Extrabeitrag.

In kurzen Worten teilt der Verbandsvorstand der Mitgliedschaft mit, daß infolge der fortgesetzt steigenden Kosten für die Verwaltung, Herstellung und Versand des Verbandsorgans und der in Vorbereitung befindlichen Lohnbewegung, deren Durchführung bei den jetzt bestehenden niedrigen Unterstützungsätzen schwierig ist, die Erhebung eines Extrabeitrag in Höhe des wöchentlichen Verbandsbeitrages mit Wirkung vom 5. April bis auf weiteres beschlossen wurde. Gleichzeitig erfolgt die Erhöhung der Streikunterstützung auf das Doppelte.

Ich glaube, daß der Vorstand berechtigte Gründe hat, die ihn bewegen haben, den Extrabeitrag zu erheben, es ist aber hierbei doch nicht zu verkennen, daß die Art, in welcher die Mitteilung erfolgt, in den Kreisen der Mitgliedschaft auf starken Widerspruch stößt. Es ist nicht die Lust zum Kritisieren, die mich veranlaßt, zu dieser Frage Stellung zu nehmen, sondern die so oft in den Spalten der „Solidarität“ erwähnten demokratisch verbrieften Rechte der Mitglieder geben mir hierzu Veranlassung. Selbst wenn die übergroße Zahl der Mitglieder für die in einigen kurzen Sätzen klargelegten Gründe des Verbandsvorstandes das richtige Verständnis hätten, so wäre es doch, meiner Überzeugung nach, notwendig gewesen, in einem Artikel, trotz der Papierknappheit, ausführlich auf diese Materie einzugehen, um so mindestens die Kollegenchaft auf die Erhebung des Beitrages aufmerksam zu machen, damit die Verhandlungen und Funktionen sich etwas vorbereiten konnten. Jedoch in der festgelegten Form nimmt es sich, meiner Meinung nach, wie eine Brüstung der Mitglieder aus.

In Bezug auf demokratische Einrichtungen ist unser Verband weit hinter denen anderer Organisationen zurückgeblieben, denn in diesen steht dem Verbandsvorstand ein Ausschuß zur Seite, und diese beiden Körperchaften beraten gemeinsam diese Dinge und geben dann der Mitgliedschaft Gelegenheit, zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Ganz besonders die in den Vordergrund gehobenen vorbereiteten Lohnbewegungen und deren Durchführung mit Hilfe der erhöhten Streikunterstützung hätten unbedingte eine Neuerung der Ortsverwaltungen und Mitgliedschaften verlangt. In anderen Verbänden wird zur Erreichung solcher Zwecke eine Abstimmung unter den Mitgliedern vorgenommen.

Ich hege die Befürchtung, daß die Vertrauensleute bei der Kassierung der Extrabeiträge manche Annehmlichkeiten haben werden, da ihnen durch die Haltung des Verbandsvorstandes die Möglichkeit genommen wurde, ihre Kollegenchaft genügend vorzubereiten.

Bei dieser Gelegenheit muß darauf hingewiesen werden, wie dringend notwendig für unser inneres Verbandsleben ein Verbandsausschuß ist, der bei solchen wichtigen Anlässen ein Wort mitzureden hat. Aufgabe der Delegierten des Verbandstages muß es sein, unsern Verband auf dieselbe Stufe zu bringen, die andere Verbände, und nur zum Vorteil ihrer Mitglieder, bereits beschritten haben. Nicht die Worte in den Spalten der Zeitung bringen die Demokratie, sondern die Durchführung der demokratischen Rechte innerhalb des Verbandes ist die Garantie für das Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder.

Max Krummrei.

Zum Sozialismus.

Seit der November-Revolution hat die politische Stellung der Arbeiterklasse in den Gewerkschaften mehr oder weniger eine große Rolle gespielt. Diese Tatsache ist keineswegs zu beauern, weil die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter dadurch mehr von der sozialistischen Idee erfaßt und begeistert werden. Wenn auch die Gewerkschaftsbewegung ursprünglich nur im wirtschaftlichen Leben die Interessenvertreterin der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft war, so ist doch die erfreuliche Tatsache zu verzeichnen, daß die Arbeiter immer mehr zu der Erkenntnis kommen, daß das Wirtschaftsleben aufs engste mit der politischen Konstellation des Staates verknüpft ist. Die Entwicklung, die unweigerlich zum Endkampf zwischen Kapital und Arbeit drängt, verlangt, daß die angebliche Neutralität der Gewerkschaften bis zu einem gewissen Grade aufgegeben wird. Daß sich die Gewerkschaften zuweilen sogar an Aktionen der politischen Parteien beteiligen müssen, haben die Märzereignisse der Pappstien schlagend bewiesen. Noch heute faheln die bürgerlichen Zeitungen von einer gewerkschaftlichen Nebenregierung aus dem Grunde, um die Einigkeit der gewerkschaftlichen

Organisationen zu untergraben. Durch die Beteiligung der Gewerkschaften an der Aktion gegen den reaktionären Butsch ist das Prinzip der politischen Neutralität aufgegeben worden. Auf dieser Bahn müssen die Gewerkschaften weiter schreiten.

Es ist deshalb bedauerlich, daß von den örtlichen Vorständen der Gewerkschaften nichts getan worden ist, um die Kollegenchaft durch lehrreiche Vorträge u. dergl. mehr für den Sozialismus zu gewinnen. Alle ihre bisherige Tätigkeit war lediglich nur auf Lohnbewegungen eingestellt und dabei ist das Wichtigste vergessen worden, Aufklärung zu schaffen, in welcher verheerender Lage das Proletariat sich befindet und noch kommt. Die Führer der Organisationen müssen es sich zur Aufgabe machen, mehr denn je den Mitgliedern die Augen zu öffnen und an Beispielen beweisen, deren die Vergangenheit viele hat, wie weit zurück die Arbeiterchaft von Tag zu Tag kommt. Wollen wir aus unserem Elend herauskommen, so müssen andere Wege beschritten werden. Die Erfolge der Revolution, der Achtstundentag, wird bereits durch Ueberstundenleistungen durchbrochen, während noch unzählige Arbeitsbrüder das traurige Los der Erwerbslosigkeit auf sich nehmen müssen. Es fehlt hier an Solidaritätsgefühl gegenüber jenen Volksgenossen.

Unsere Kollegen sind nicht mehr in der Lage, sich und ihre Familien nur annähernd einigermaßen über Wasser zu halten. Sie gehen der vollständigen Verelendung immer mehr entgegen und stehen bald unter dem Niveau des Lumpenproletariats von Friedenszeiten. Infolgedessen gilt es schnell zu handeln. Infolge der umständlichen jedesmaligen zentralen Verhandlungen ist bereits die gestellte Forderung überholt und rufen dadurch den Unwillen der Auftraggeber (Kollegen) hervor. Wir mögen noch so viel Lohn verdienen, die Preissteigerung ist nicht auszugleichen. Im Gegenteil, die Preise schnellen immer rapider. Am deutlichsten zeigt es sich aber bei den jüngst erkämpften, unzulänglichen Teuerungszulagen. Der Kapitalist ist auf Grund seines stets gefüllten Geldbottels in der angenehmen Lage, besser denn je leben zu können, und spürt somit nichts von dem Elend seiner für ihn schaffenden Arbeiter. Der Proletarier dagegen rechnet schon am Bohntage aus, ob er auch alle rationierten Lebensmittel erstehen kann. Es ist aber heute eine Unmöglichkeit, mit den rationierten Lebensmitteln auskommen zu können. An Kleidung usw. ist nicht mehr zu denken. Der Kapitalismus ist die Ursache zu der trostlosen Lage unserer Arbeitsbrüder und muß demzufolge auch für die Existenz der ins Elend gestoßenen Sorge tragen und herangezogen werden.

Hier muß unbedingt von höherer Stelle aus Wandel geschaffen werden. Auch müssen wir Arbeiter auf der Wacht sein! Der Generalstreik hat es bewiesen, daß die Arbeiterchaft es in der Hand hat, mit unserem schärfsten Gegner abrechnen zu können. Durch die Untätigkeit der Regierung in bezug auf Schaffung sozialer Maßnahmen, Erfassung der Lebensmittel und die Grausammachung vor dem Volkswindismus hat man der Reaktion erfolgreichen Vorwand geleistet.

Die Arbeiterchaft erblickt in der heutigen Wirtschaftsweise ihren wirtschaftlichen und moralischen Untergang und muß sich entschließen dagegen aufzusehen.

Auch wir Hilfsarbeiter im graphischen Gewerbe haben alle Ursache, uns eine menschenwürdige Autorität innerhalb des Proletariats dem Unternehmertum gegenüber zu erringen, um nicht wie ehedem als fünftes Rad am Wagen zu gelten. Wir haben alles daran zu setzen, um die Stellung in unserem Beruf einzunehmen, die uns als Mensch zukommt, und das ist heute vor allen Dingen eine der Zeit entsprechende auskömmliche Lebenslage. In Friedenszeiten war schon bereits durch Statistiken nachgewiesen worden, daß verschobene Bevölkerungsschichten an Unterernährung zu leiden hatten, wie unendlich größer ist aber die Zahl dieser Schichten heute? Es gibt nur eine Rettung, um aus diesem Elend heraus zu kommen und das ist die vollständige Besitzergreifung der ökonomischen Macht durch das Proletariat. Dasselbe als einzig schaffende Klasse kann nur dann fördernd wirksam sein, wenn man ihr auch das Selbstbestimmungsrecht im Produktionsprozeß einräumt. Helfen wir alle an dem großen Werk der Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln des Kapitals, dann werden wir den Gesundungsprozeß überleben und das Proletariat besserer Zeiten entgegen führen.

Dieses zu erreichen ist nicht nur allein Sache des Führers, sondern es ist Aufgabe der Masse, welche den Druck auf dieselben auszuüben hat. Die Gewerkschaften als wirtschaftliche Organisationen sind die besten Faktoren, die den Weg zum Sozialismus frei zu machen haben. Alle müssen dabei mitwirken und gleichzeitig den Willen zum

Ausdruck bringen, daß sie mit dem heutigen System unzufrieden sind. Gerade das graphische Gewerbe als eines der best organisierten Berufe sollte vorbildlich vorgehen. Nur durch ein geschlossenes Handeln können wir dem Ziele näher kommen.

F. Herbst-Hamburg.

Unsere und die Berliner Löhne.

In Saalfeld wurden nach langwierigen Verhandlungen am 7. d. Mts. die Löhne für den Steinbruch in folgender Weise geregelt. Es erhielten Steinschleifer 135.— Mk., Verheiratete und über 24 Jahre alte Hilfsarbeiter 129.40 Mk., männliche Hilfsarbeiter von 21 bis 24 Jahren 110.15 Mk., von 19 bis 21 Jahren 94.55 Mk., von 17 bis 19 Jahren 78.80 Mk., von 16 bis 17 Jahren 64.15 Mk., von 15. Lebensjahre 45.— Mk. Weibliche Personen von 14 bis 16 Jahren 35.90 Mk., von 16 bis 18 Jahren 43.— Mk., von 18 bis 20 Jahren 52.50 Mk., von 20 bis 22 Jahren 72.75 Mk. Anlegerinnen 10.— Mk. mehr. Auslegerinnen in jeder Staffel 2.— Mk. mehr. Die Zahlung erfolgt erstmalig am 10. April.

Leider haben uns die gehaltvollen Aufklärungen über die Großstadtlöhne des Berliner Steinbruchs-Hilfspersonals nichts genützt. Anscheinend deshalb nicht, weil der Verfasser kürzlich von einer Weltreise zurückgekehrt ist. Seine Auffassungen über die Widerstände des Unternehmertums und die mangelhafte Organisation des Steinbruchs-Hilfspersonals trafen bis zum Jahre 1919 nämlich auf fast alle Orte Deutschlands, zu Trophem gelang es planmäßiger Arbeit, in einer Reihe von Orten die Berliner Ertrungenschaften ziemlich erheblich zu übertreffen, und in manchen Provinzörtern in ideale Konkurrenz mit der größten Zahlstelle zu treten, bis leider die Spähen die Berliner Erfolge zu laut von den Dächern pfeifen. Nun ist der Allgemeinheit allerdings damit nicht gebietet, daß ein Ort von derartiger Bedeutung und Latkraft mit seiner Steinbruchs-Gewerbepolitik nicht auf eigenen Füßen steht nur vielleicht zu sehr im Winde des Buchbinderhilfspersonals zu legen gewungen ist. Das erklärt viel, stellt aber der Führung kein besonders günstiges Zeugnis aus. Gerade an Orten mit solchen Propheten, die der Provinz in folgender Weise auf die Beine helfen wollen: „Wir glauben ein anderes Mittel zu wissen, um die wirtschaftliche Not unserer Mitglieder nicht nur zu heben, sondern letzten Endes ganz zu beseitigen: Abschaffung der Profitwirtschaft und Ueberführung dieser in die sozialistische Bedarfswirtschaft; wäre es doch endlich Zeit, die Probe aufs Exempel zu machen. Die Provinz kennt solche Vorfälle schon seit Jahrzehnten. Sie hat aber nicht Lust, nochmals so lange zu warten. Sie verlangt Brot. Und dies ist nur durch gewerkschaftliche Arbeit in den nächsten Jahren zu erreichen. Weniger Phrasen und in diesem Sinne mehr Arbeit, das ist es, was wir von unsern Funktionären zu verlangen haben. Dann sind solche Artikel, die lediglich das bestätigen was wir behaupten, überflüssig. Die Provinzmitgliedschaft hat es satt, weitere Riemen aus ihrer Haut schneiden zu lassen.“

Frieda Friedrich, Saalfeld.

Der Reichstarif und die Provinz.

In Nummer 10 der „Solidarität“ vom 6. März d. J. rechtfertigt sich die Kollegenschaft Berlins in längeren Ausführungen über ihr Verhalten beim Nichtzustandekommen eines Reichstarifs. Bei dieser wichtigen ja grundlegenden Frage unserer Stellung im heutigen Produktionswesen sollte doch vor lauter Zielscheu der Weg nicht verfehlt werden, wollen wir nicht noch länger der Spielball der Arbeitgeber des Buchdruckgewerbes sein. Ohne den Kollegen Berlins ihr Recht abzupfeifen — ebenso wenig wie sie es uns abspreden werden — Kritik oder gar ablehnende Haltung dem Reichstarifenwurf angeben zu lassen, ist Schreiber der Ansicht, daß sie doch mit Rücksicht auf das Gesamtbild unter allen Umständen dahin wirken müssen, daß ein Reichstarif zur Einführung gelangt wäre. Und mit dem Willen der Berliner Kollegen wäre der langersehnte Reichstarif gekommen.

Aus der Rechtfertigung kristallisiert sich im Allgemeinen heraus, was im letzten Absatz und in den beiden letzten Worten des Artikels gesagt wird: „revolutionäres Räteystem“. Ja Kollegen, als Melodie klingt dies ganz nett, aber wie kommen wir mit einer gewerkschaftlich ungeschulten Masse dahin, jenes höchste Gebilde der Interessenvertretung seitens der Arbeiter zu erreichen, ohne eine vorläufige Arbeitsgemeinschaft? Mit den Worten allein, und indem wir unser Ziel ausge-

sprochen haben, nicht. Die Berliner werden weder ihr revolutionäres Räteystem erhalten und das Land weder einen Reichstarif.

So wird weiter gesagt, daß es nicht das Wort Tarif ist, welches zur Ablehnung bestimmt habe, sondern die Tendenz der Tarife, die auf Arbeitsgemeinschaft aufgebaut sind überhaupt, war ausschlaggebend. „Das Mitbestimmungsrecht bei Einstellungen und Entlassungen, sowie das Bestimmungs- und Kontrollrecht bei dem Produktionsprozeß hat als wichtigste Forderung zu gelten und zwar in der Form, wie es im revolutionären Räteystem ausgedrückt ist, weil wir darin die Sicherstellung der Arbeiterschaft in ihrem Lohn- und Arbeitsverhältnis am besten gewahrt sehen.“ Der erste Teil der hier ausgesprochenen Forderung ist im Betriebsrätegesetz bedingt gegeben, während das Kontrollrecht bei der Produktion selber den bestgeschulten Gewerkschaftsmitgliedern noch verweigert ist.

Weiter wird der Rechtsverbindlichkeits-Erklärung des Reichstarifs das Wort geredet, ohne sich dabei auch die Folgen vorzuzahlen, welche für die Arbeiterschaft damit verbunden sind. Indem wir nämlich einen Rechtszustand diesbezüglich zu erreichen suchen, müssen wir auch von dem revolutionären Mittel absehen, die Konjunktur für uns auszunutzen und Lohnforderungen durchzudrücken, wenn es uns am geeignetsten erscheint. Und der erste Reichstarif wird nicht so gut anfallen für uns, daß wir auf jenes Recht verzichten wollten. Bei Anerkennung der eigentümlichen Lage der Berliner Hilfsarbeiter hätte es demnach dazu kommen müssen, einen Tarif zu schaffen, der die Hilfsarbeiter den übrigen graphischen Arbeitern gegenüber zu einem geschlossenen Handeln befähigte. Die Berliner als „Eingeborene“ kennen sich schlecht ein Bild davon machen, mit welchen Schwierigkeiten die Organisation von Arbeitern vor sich geht, denen es bisher nicht möglich war einen Anschluß zu finden, mangels eines Reichstarifs. In der Provinz ist es nicht so leicht, geschulte Kräfte zu finden, die sich solcher Arbeit opfern. Der gewaltige Zuwachs im Verbands ist zu einem Teile der Hoffnung auf den Reichstarif zuzuschreiben. Trifft er nicht ein, verbluten wir uns zum Gaudium der Unternehmer an gegenseitigen Erklärungen, so schaden wir uns am meisten. Mögen die Kollegen in Wähe ihren Standpunkt dahingehend ändern, daß sie selbst bei einem weniger günstigen momentanen Ergebnis, für die Einführung des Reichstarifs wirken. Ist er mal erst da, so wird es dann auch gelingen — mit Hilfe der übrigen Kollegen —, den Berliner Kollegen zu ihren, besonderen Rechten zu verhelfen. Ueberläßt nicht die Provinz auch weiter der Willkür der Arbeitgeber und verlangt nicht von diesen Kollegen revolutionäre Experimente, von denen ein großer Teil keine Ahnung hat.

Peter Mayer, Freiburg i. Br.

Teuerungszulagen im Steinbruchs-gewerbe.

Der unter dieser Ueberschrift in voriger Nummer gebrachte Abschnitt von Groß- und Klein-Steinbruch bezieht sich nicht auf diesen Ort, sondern auf Hanau. Die Löhne von Gr.-Steinbruch sind, wie aus dem Nachsatz hervorgeht, mit kleinen Abänderungen nach den Hanauer Abmachungen geregelt. Kollege Kass, dem der Irrtum bei der Abfassung des Berichtes unterlaufen ist, bittet, dies zu beachten.

Aus unseren Zahlstellen.

Chemnitz. Noch ein Wort zur Chemnitzer Aussperrung. Nur durch Einigkeit der Organisation und Treue zum Verband können Verbesserungen in wirtschaftlicher Beziehung für unsere Kolleginnen und Kollegen erreicht werden. Dieser den Mitgliedern so oft erklärte Grundsatz müßte nun durch die Chemnitzer Kollegenschaft zum Bewußtsein gekommen sein. Die Erfolge der Einigkeit haben wir bei den letzten Verhandlungen über Aufbesserung der Teuerungszulagen erzielt. Am 5. April kamen die vollen Zulagen zur Geltung. Nach dem 1. März 1919 zählte die hiesige Zahlstelle 103 Mitglieder. Am 1. März 1920 348, und an der Protestversammlung gegen das Verhalten der Herren Buchdruckereibesitzer und dessen Folgen beteiligten resp. erklärten sich solidarisch 244. Von den circa 100 Nichtbeteiligten müssen in Abzug gebracht werden die Mitglieder in der Volksstimme, in den beiden bürgerlichen Zeitungen (weil hatten die gestellten Forderungen voll bewilligt), einige Hausfrauen und Kranke in Summa circa 80, sodas kaum 15 bis 20 Mitglieder die einzeln oder zu zweien in Betrieben stehen, sich nicht beteiligt haben. Von dieser Grund-

lage aus betrachtet ist der Sieg um so höher zu werten. Ebenso bedeutungsvoll ist, daß es unter diesen jungen Mitgliedern nicht einen Treulofer gab. Der geführte Kampf war kurz, aber auch sehr heftig. Ist der Kampf entbrannt, fragt man nicht immer danach, ob auch das Mittel, das angewendet wird, das richtige ist. Wir geben zu, daß wir nicht alles gutheizen, aber wenn man sich die Situation vor Augen führt, dann wird oft Vorgefallenes erklärlich. Nicht immer können entsetzliche Gerüchte auf die Ursache untersucht werden, so daß Gefahr besteht, mit den Bruderorganisationen selbst in Konflikt zu kommen. Auch in Chemnitz wurden die Buchdrucker auf Nebensarten hin zu hart und zu Unrecht angegriffen. Bei ruhiger Betrachtung muß zugestanden werden, daß von der Leitung der Buchdrucker alles getan worden ist, um die Solidarität nicht zu verletzen. Da auch in Nr. 11 der „Soli“ in einem Bericht die Buchdrucker zu Unrecht angegriffen worden sind — der Schreiber A. S. ist falsch unterrichtet worden — so soll die wahre Sachlage durch folgende Berichtigung dargelegt werden:

Hilfsarbeiter-Aussperrung in Chemnitz. Berichtigung.

In Nr. 11 der „Solidarität“ vom 13. März d. J. befindet sich in dem die Hilfsarbeiter-Aussperrung in Chemnitz behandelnden Artikel nachfolgender Satz: „Leider muß konstatiert werden, daß in einigen Zeitungsdruckereien mit Hilfe von Sehern und Druckern der Druck fertiggestellt wurde.“

Diese Behauptung entspricht nicht den Tatsachen. Sofort nachdem wir Kenntnis erhielten, daß eine von den beiden Organisationen der Hilfsarbeiter und der Buchbinder einberufene Vertrauensmännerziehung beschloffen hatte, wegen der ablehnenden Haltung der hiesigen Prinzipale gegenüber ihren berechtigten Lohnforderungen eine Protestversammlung während der Arbeitszeit abzuhalten, sind unsere Vertrauensleute beauftragt worden, innerhalb ihrer Betriebe darauf zu achten, daß kein Seher und kein Drucker arbeiten leistete, die bisher von Hilfsarbeitern verrichtet wurden.

In während und nach Beendigung der Aussperrung stattgefundenen Sitzungen des hiesigen graphischen Kartells wurde anerkannt, daß unsere Kollegen im großen ganzen dementsprechend gehandelt haben. Etwaige anderslautende Gerüchte wurden klargestellt. Sind berechnete Beschwerden bei uns gemeldet worden, so wurden die betreffenden Kollegen zur Rechenschaft gezogen. Keinesfalls trifft die in dem erwähnten Berichte aufgestellte Behauptung zu. Im Gegenteil konnte durch die richtige Haltung unserer Kollegen die Auflage einer hiesigen Zeitung nicht zur festgesetzten Zeit fertiggestellt werden.

In der am 23. März stattgefundenen Sitzung des graphischen Kartells wurde mit Genugtuung festgestellt, daß die hiesige Organisation der Hilfsarbeiter den gegenüber den Buchdruckern erhobenen Vorwurf bebauert, zumal sie mit dem Bericht in dieser Form in keinerlei Verbindung stehe. Verband der deutschen Buchdrucker. Mitgliederschaft Chemnitz.

Wenn vorläufig unsere Bewegung abgeschlossen ist, so nur auf kurze Zeit. Bereits am 10. Mai tritt das Tarifamt wieder zusammen und wird Stellung nehmen müssen zu neuen Teuerungszulagen. Deshalb gilt es, nicht die Hände in den Schoß legen und ausruhen, nein, diese Zeit muß benützt werden zum inneren Ausbau der Organisation und zur Aufklärung der Mitglieder. Für Unorganisierte darf in den Betrieben kein Platz mehr sein. Unorganisierte dürfen an unseren Ertrungenschaften keinen Anteil haben. Aufklärung zu schaffen und die Fernstehenden dem Verband zuzuführen, an diesen Aufgaben mit zu arbeiten, ist jedes Mitglied verpflichtet. Zum eigenen Vorteil.

Dresden. Die Teuerungszulagenbewegung der hiesigen Kollegenschaft erforderte innerhalb 14 Tagen drei größere Versammlungen. Die erste fand am 16. März im „Volkshaus“ statt. Kollege Herrmann ging näher auf das Verhalten der Prinzipale bei den Reichstarifverhandlungen ein. Es an dieser Stelle zu wiederholen, erübrigt sich, weil es schon mehrmals in der „Solidarität“ erwähnt worden ist. Kollege Herrmann sprach dann über die neuen Teuerungszulagen. Den Schiedspruch, welcher von Berlin aus für das deutsche Buchdruckgewerbe gefällt, aber vom Deutschen Buchdrucker-Verein abgelehnt worden war, erörterte Kollege Herrmann kurz, um dann auf unsere jetzt zu stellenden Forderungen einzugehen. Verlangt werden für Hilfsarbeiter, Forderer, Markthelfer und Arbeiterinnen über 24 Jahre alt oder verheiratet 60.— Mk., von 17 bis 24 Jahren 51.— Mk., unter 17 Jahren 45.— Mk.; für Arbeiterinnen: Anlegerinnen 45.—

Marl, lernende Anlegerinnen 25,— M., über 17 Jahre alte 36,— M., unter 17 Jahre alte 32,50 M. — Die dann am Sonntag darauf stattgefundene Versammlung nahm den Situationsbericht des Kollegen Herrmann über unsere eingereichten Forderungen entgegen. Die Prinzipale hätten erwidert, daß sie gewillt sind, von Organisation zu Organisation zu verhandeln. An den kommenden Tagen sollen die Verhandlungen stattfinden. Dann erstattete Kollege Herrmann noch Bericht über die stattgefundenen Lohnverhandlungen im Zeitungsgewerbe. Die Prinzipale haben Zugeständnisse gemacht und wollen 90 Prozent der Gehilfenzulage, abgestuft nach unten, zahlen mit Ausnahme der über 24 Jahre alten verheirateten Kollegen, welche wie die Gehilfen 60,— resp. 50,— Mark erhalten sollen. Im übrigen sollen erhalten: über 24 Jahre alte 60,— M., von 17 bis 24 Jahren 54,— M., Anlegerinnen 33,— M., Arbeiterinnen 30,— M., abzüglich der Brotzulage. Die in den angeschlossenen Altbüchdruckereien Beschäftigten sollten dies aber nicht erhalten, trotzdem ist in verschiedenen Betrieben dasselbe durchgedrückt worden. Nach einer regen Debatte wurden die Vorschläge betr. Zeitungsbetriebe angenommen. Für die Verhandlungen mit den Unternehmern der Altbüchdruckereien wurden die Kollegen Herrmann, Musterlach und Seifert, sowie die Kolleginnen Claus und Vogel vorgeschlagen und gewählt. — Die dritte Versammlung am 30. März nahm den Bericht über die Teuerungszulagenverhandlungen entgegen. Kollege Herrmann erstattete denselben mit dem Bemerkten, daß keine Verhandlungen in Dresden stattgefunden haben, sondern dieselben sind vom Zentralvorstand in Berlin auf Grund unserer ehemals festgelegten Sätze des Reichstariifs geregelt worden ohne unser Zutun. Die Zulagen sollen in sechs bis acht Raten gezahlt werden, welche sich aber bis in den Mai hinziehen. In der Debatte wurde lebhaft dagegen Stellung genommen, daß diese begrabenen Reichstariifsätze wieder hervorgeholt werden sollen. Große Empörung wurde besonders dadurch hervorgerufen, daß diese Zulagen „teelöffelweise“ verabreicht werden sollen. Diese Zumutung wurde von der Versammlung abgelehnt und der Vorstand beauftragt, eine andere Regelung zu finden. In der Aussprache wurde von mehreren Kolleginnen und Kollegen besonders betont, daß das Interesse an solchen Versammlungen noch ein viel regeres werden müsse. Jeder Kollege und jede Kollegin müsse diejenigen besonders aufrütteln, die noch nicht das nötige Empfinden für die Verbesserung ihrer eigenen elenden Lage haben. Diejenigen, die es nicht nötig haben, eine Versammlung in dieser traurigen Zeit zu besuchen, sind es, die dann nicht wissen, was sie zu fordern haben und sich selbst Schaden zufügen. Deshalb ergeht an alle der Mahnruf: Veräumt keine Versammlungen!

Samm (Westf.). Trotz anberthalbjährigen Bestehens der hiesigen Mitgliedschaft, die es auf mehr als fünf Mitglieder (und diese auch nur kurze Zeit) nicht brachte, fing das Jahr 1920 mit einem Mitgliede an. Die im Laufe der Zeit unternommenen Werbungen neuer Mitglieder hatten wenig Erfolg, so daß für dieses Vereinsjahr recht wenig zu erwarten war. Einige Nummern der „Solidarität“ werden an die Hilfsarbeiter bzw. -arbeiterinnen abgegeben und so mag das Lesen dieses Blattes einigen Anlaß gegeben haben zur Meldung von Mitgliedern. Die Verhältnisse der steigenden Löhne (bei den ungeheuer teuren Zeiten noch zu wenig!) mögen auch ihr Teil beigetragen haben, kurz, ein nochmaliger Vorstoß der hiesigen Leitung brachte es dahin, daß sich dem einzelnen Mitgliede zwölf weitere anschlossen, welche sich mit Beginn des April auf achtzehn erhöht hat. Daneben sind eine Anzahl Hilfsarbeiter bzw. -arbeiterinnen im christlichen Verbands organisiert. Eine am 28. März abgehaltene Versammlung war von zehn Mitgliedern besucht, die an den Verhandlungen reges Interesse bekundeten. Der provisorische Vorsitzende gab einen Bericht über die Entwicklung der Mitgliedschaft und die Klassenverhältnisse und bat die Anwesenden, dem Verbands noch fernstehende Kollegen zum Beitritt zu veranlassen. Die Zwecke und Ziele des Verbandes werden am ehesten erreicht, wenn möglichst alle Berufsangehörigen unter einem Hute sind. Verschiedene Fragen wurden eingehend beantwortet und dann zur Wahl eines Vorsitzenden geschritten. Einstimmig bestimmte die Versammlung hierzu den Kollegen Schäfer. Die Klassengeschäfte und der Schriftführerposten werden vom provisorischen Vorsitzenden vorläufig weitergeführt. Mit Freuden muß es begrüßt werden, daß die Einsicht durchgedrungen ist, günstigere Lohnbedingungen seien nur zu erreichen, wenn möglichst sämtliche Mitarbeiter ein Mitbestimmungsrecht am Lohne haben. Dies aber kann wieder nur erreicht

werden, wenn sich alle dem Verbands anschließen. Die Wahrheit des alten Sprichworts „Viele Wenig machen ein Ziel, vereinte Kräfte führen zum Ziel“ konnte bis heute nicht angewiewelt werden und wird auch in Zukunft hochgehalten sein. Der jungen Mitgliedschaft wünschen wir ein weiteres Wachsen und Gedeihen!

Eingegangene Druckschriften

Die Gewerkschaftsbewegung von Dr. Siegfried Nestriepke. 1. Band, 438 Seiten stark, broschiert 14,— M., gebunden 17,— M. Verlag von Ernst Heinrich Moritz (Inh. Franz Mittelbach), Stuttgart.

Ein grundlegendes, umfassendes Werk über die Entwicklungsgeschichte der Gewerkschaftsbewegung fehlt bisher. Dr. Nestriepke, der bekannte Sozialpolitiker, hat sich dieser großen literarischen Aufgabe unterzogen und sie — nach dem vorliegenden Band zu urteilen — glänzend gelöst. Das Werk zerfällt in die drei Hauptabschnitte: Allgemeines und Theoretisches. — Die Anfänge einer Gewerkschaftsbewegung in Deutschland. — Von der Aufhebung des Sozialistengesetzes bis zum Ausbruch des Weltkrieges. Das Werk ist eine Darstellung der Gewerkschaftsgeschichte und der gewerkschaftlichen Probleme in einer Form, die nicht nur den in der Gewerkschaftsbewegung Tätigen befriedigen wird. Die „innere“ Geschichte, das Wesen und Werden der verschiedenen gewerkschaftlichen Einrichtungen, und zwar bis in die neueste Zeit hinein, sind eingehend geschildert. Die vielen Quellen von der ältesten bis zur neuesten Zeit sind ausgiebig benutzt und kritisch verarbeitet. Besonders interessant dargestellt erscheinen Wesen und Wirken der ersten Verbände und die Kampfmethoden und Kämpfe im ersten Jahrzehnt. Auch die Beziehungen zu den Genossenschaften, den anderen Gewerkschaftseinrichtungen und den Gewerkschaften des Auslandes behandelt das Buch. Es wird ihm binnen kurzem ein zweiter Band folgen, der die Entwicklung der freien Gewerkschaften während des Krieges und in der Revolutionszeit behandeln, sodann in einer Reihe von Kapiteln die übrigen gewerkschaftlichen Richtungen, die Angestelltenbewegung usw. darstellen, ferner die Gewerkschaftsbewegung des Auslandes skizzieren wird. Die sozialpolitische Literatur unserer Zeit ist mit dem Buch um eine bedeutende Ercheinung bereichert, die die Anteilnahme aller finden wird, die mit dem politischen und wirtschaftlichen Leben in Berührung stehen.

Vom Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter: Die Tarifverträge in gemeinnützigen Betrieben, Berlin 1919. — Die Sozialisierungsbestrebungen in Staat und Gemeinde, das Betriebsrätegesetz, zwei Vorträge, gehalten auf dem 8. Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Berlin 1919. — Neuzeitliche Dienst- und Ausbildungsgestaltung des Pflegerpersonals, die Berufsausbildung des Krankenpflegerpersonals, zwei Vorträge, gehalten auf der 3. Konferenz der Reichssekktion Gesundheitswesen, Berlin 1920. — Protokoll des internationalen Kongresses des Personals in öffentlichen Diensten und Betrieben, abgehalten in Amsterdam am 20., 21. und 22. Oktober 1919. Berlin 1920. — Protokoll über die Verhandlungen des 8. Verbandstages, abgehalten vom 1. bis 6. September 1919 in Nürnberg. Berlin 1919.

Eine neue Halbmonatsschrift für Eltern, Lehrer und Behörden erscheint soeben im Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW. 68, betitelt: „Der Elternbeirat“ von Regierungs- und Schulrat E. Wille im preussischen Kultusministerium. Preis 5,50 M. vierteljährlich, Einzelheft 1,— M. „Der Elternbeirat“ bringt Aufsätze für alle Gebiete der Schule und Erziehung aus der Feder namhafter Pädagogen, Schulpolitiker und Aerzte und will damit den Elternbeiräten, deren tätige Mitarbeit an dem Blatte vorgelesen und erstrebt wird, das wissenschaftliche Rüstzeug zur Ausübung ihrer Tätigkeit und Gelegenheit zur Aussprache über alle einschlägigen Fragen geben. Einen parteipolitischen Standpunkt wird sie nicht vertreten.

Die wirtschaftliche Revolution von Adolphe Merxheim und Sekretär des französischen Metallarbeiterverbandes. Uebersetzt von Paul Rieble. Heft 8 der „Revolutionbibliothek“ des Verlages Gesellschaft und Erziehung G. m. b. H., Berlin-Fichtenau. Preis 1,20 M. und 20 Prozent Buchhändler-Ausschlag.

Ein Jahr Rede- und Räte-Republik von Emil Kloth, ehemaliger 1. Vorsitzender des deutschen Buchhändlerverbandes und sozialdemokratischer Stadtvorordneter in Neukölln. Berlin 1919. Staatspolitischer Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 48, Friedrichstr. 226. Preis 1,— M.

Arbeiterchaft und Sozialdemokratie von Emil Kloth, ehemaliger 1. Vorsitzender des deutschen Buchhändlerverbandes und sozialdemokratischer Stadtvorordneter in Neukölln. Berlin 1920. Staatspolitischer Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 48, Friedrichstr. 226. Preis 2,50 M.

Briefkasten.

Schmidt-Freiburg. Eine Mitteilung von dem Beschluß ist hier nicht eingegangen. Wiederholen Sie ihn sofort.

Adressentafel.

Walzenburg. Vorsitzender: Wilhelm Tilk, Altwasser, Charlottenbrunnerstr. 65. — Kassiererin: Hedwig Jung, Altwasser, Poststr. 6.

Hörselöben. Kassiererin: Lucie Gelbe, Wassertor 4.

Nachruf.

Am 26. März starb nach kurzer, aber schwerer Krankheit unser treuer Kollege

Wilhelm Spier

im Alter von 20 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm

Die Bahnhalle Goslar.

Nachruf.

Wiederum hat der Tod zwei Kollegen aus unserer Mitte gerissen. Am 18. März verstarb unser Kollege

Karl Schuster

(i. Fa. Graß, Barth & Co)

im Alter von 62 Jahren.

Am 5. April verstarb unser Kollege

Georg Bischof

(i. Fa. B. G. Korn)

im Alter von 27 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahrt den Verstorbenen

Die Bahnhalle Breslau.

Nachruf.

Am 31. März verstarb nach kurzem Krankenlager unser Kollege

Johann Dörr

(i. Fa. Karl Dondorf)

im Alter von 70 Jahren.

Am 5. April verstarb unser Kollege

Philipp Oth

(i. Fa. Frankfurter Societäts Drucker)

im Alter von 51 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahrt den Verstorbenen

Die Mitgliedschaft Frankfurt a. M.

Nachruf.

Am 1. April verstarb plötzlich unsere liebe Kollegin

Elfriede Orndert

(i. Fa. Opitz, Buchstein)

im 17. Lebensjahre.

Ein ehrendes Andenken bewahrt ihr

Die Bahnhalle Waldenburg.